



Nahe des Husarenhofs in der Gemarkung Ingersheim soll das umstrittene Windrad gebaut werden.

Foto: Martin Kalb

## 1400 Leser haben abgestimmt

**Bietigheim-Bissingen.** Mehr als 1400 Leser haben sich seit vergangener Woche an unserer Online-Umfrage zur Genehmigung einer Windkraftanlage in der Gemarkung Ingersheim beteiligt. Mitmachen ist auch weiterhin möglich. Die Frage lautet: „Soll das Windrad nach der Entscheidung des Landrats jetzt gebaut werden?“

Knapp 65 Prozent der Teilnehmer antworteten bisher: „Ja, der Antrag ist ausreichend geprüft worden.“ 35 Prozent sind der Auffassung: „Nein, erst müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.“ Zu letzteren gehören auch die Anlagen-Gegner der Initiative „Gegenwind“. Sie kündigten gestern an, Widerspruch gegen den Genehmigungsbescheid für die Windkraftanlage einzulegen (siehe auch Bericht auf Seite 10).

Wenn Sie also auch noch mit abstimmen wollen, zur Umfrage geht es über diese Adresse

[www.bietigheimerzeitung.de](http://www.bietigheimerzeitung.de)

### ZUR GENEHMIGUNG EINES WINDRADES IN DER GEMARKUNG.INGERSHEIM

## Glaubensbekenntnisse, mit denen Naherholungsgebiet zerstört wird

Windrädchen sollen technischer Fortschritt sein, sehr gewagt. Die ältesten Windmühlen standen nach dem Gesetzbuch des Königs Hammurapi schon um 1750 v. Chr. in Babylon. In Alexandria wurde eine Orgel damit betrieben. Statt der Mühlsteine einen Dynamo anzuhängen, ist nun wirklich kein technischer Fortschritt. Die Verbesserungen durch Erfahrung, Werkstoffe und neue Werkzeugmaschinen sind Weiterentwicklungen. Neue Arbeitsplätze zu versprechen, ist Unsinn.

Die größten Werke stehen in den USA und China, wo die Rotoren in den Wüsten stehen, um die umgebenden Städte zu versorgen, was Sinn macht. Hat einer dieser Träumer eigentlich schon über die Kosten einer sinnvollen Anlage nachgedacht, die auf alle umgelegt werden! Einzelne Flattergetüme wie in Ingersheim sind ein Witz und politische Glaubensbekenntnisse, mit denen ein schönes Naherholungsgebiet zerstört wird.

Es ist geplant, die großen Off-Shore-Anlagen der Küstenländer untereinander und mit einem Pumpspeicherkraftwerk in Norwegen zu verbinden. Danach müssen

nur noch Tausende von Kilometern spezielle Leitungen zu den Verbrauchern verlegt werden, in Wohngebieten und „landschaftlich sensiblen Gebieten“ unter der Erde, was dreimal so teuer ist als mit Masten. Das kostet zig Milliarden und zig Jahre Bauzeit, abgesehen von dem juristischen Altraum der Bestimmung „sensibler Gebiete“, denn es wird gegen den Willen der Bürger gebaut. Das macht doch keinen Sinn!

Ziel ist die Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Die Kohlekraftwerke, vor allem die mit Braunkohle betriebenen, können in ungefähr zwei Jahren durch die neuen, hocheffizienten und gut steuerbaren Gasturbinen ersetzt werden, wie sie beispielsweise Siemens baut. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß kann so in kurzer Zeit um mindestens 25 Prozent abgesenkt werden. Und da ist noch das Harmagedon der Grünen, die Kernkraft. Die neuen Anlagen kommen mit einer Füllung 30 Jahre aus, sind effizienter und kommen, vor allem in den kleinen Versionen, mit geringerem Steuerungsaufwand aus. Im Moment sind 64 im Bau oder Aufträge vergeben. China hat jetzt zwölf Anlagen, weitere 24 sind im

Bau, mit den beiden Wiederaufbereitungsanlagen reichen die Füllungen 300 Jahre. Wirkt da der Widerstand in Deutschland nicht etwas museal?

Schließlich ist da noch die Brennstoffzelle. Ihre Entwicklung wird noch einige Jahre dauern, ist aber die ideale Energiequelle – in jeder Hinsicht. Man schaue sich einmal den Fliegenkleks Deutschland auf dem Globus an und dann die südliche Halbkugel inklusive Nordamerika mit rund sechs Milliarden Menschen, die alles in die Luft pusten, was flüchtig ist. Ziel muss doch sein, preiswerte abgasfreie Antriebsmittel und Kochgelegenheiten zu entwickeln, um die Hauptquellen und -gebiete der Verschmutzung zu sanieren. Die Gelder, die hier mit „nachhaltig“ verbraten werden, sollten wirkungsvoller in die Forschung gesteckt werden. Vielleicht ist es aber auch Zeichen einer vergreisenden Zivilisation, dass sie sich nur mit der Vergangenheit beschäftigt – Windrädchen – statt vertrauensvoll in die Zukunft zu investieren – Brennstoffzellen, vielleicht Kernfusion.

**Peter Vittali**  
Bietigheim-Bissingen

### ZUM BEITRAG SPD UND WINDRAD VOM 7. JANUAR

## Zeichen können auch negativ sein

Das von Thorsten Majer erwartete wichtige positive Zeichen für Kreis und Region kann sich auch schnell ins Negative umkehren. Dann nämlich, wenn die Bevölkerung der Region merkt, dass durch das Aufstellen von fast 180 m hohen Windkraftwerken nicht der gewünschte Erfolg erzielt wird und immer mehr Bürger mit den negativen Folgen dieser Industrieanlagen konfrontiert sind.

Ob die betroffenen Bürger durch Auflagen geschützt werden können, ist fraglich. Auflagen sind an anderen Standorten von den Betreibern der Windkraftanlagen vielfach nicht eingehalten worden. Die Einhaltung von Auflagen musste zum Teil durch weitere langwierige und für die Betroffenen zermürbenden gerichtlichen Prozesse erzwungen werden. Eines ist aber sicher: Mit den Auflagen sinkt die ohnehin schon knapp bemessene und immer noch viel zu optimistisch berechnete Rentabilität noch weiter. Letztendlich gibt Thorsten Majer durch seine Aussage, die Wirtschaftlichkeit ginge nur die Betreiber-gemeinschaft etwas an, auch zu erkennen, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen an so windschwa-

chen Standorten wie Ingersheim alles andere als rosig sind. Bei seinen Ausführungen bleibt nur ein fäder Beigeschmack übrig, in dem er die Bürger seiner Umgebung wohl nicht richtig ernst nimmt. Diese haben ihre Bedenken und Ängste klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Das wird nun von Thorsten Majer mit dem sehr negativ besetzten Ausdruck „Unkenrufe“ tituliert. Ich fürchte, Thorsten Majer wird jetzt noch so manche Kröte schlucken müssen. Abschließend sei die Frage erlaubt, wo denn seiner Meinung nach dieses Windrad stehen müsste, damit er im Umkehrschluss die allgegenwärtige Wolke des AKWs gegenüber dem Anblick eines Windrads vorzieht? Dieser kindische Windrad-AKW-Wolke-Vergleich wird noch getoppt, indem Thorsten Majer einer Ackerbau-Landschaft gegenüber seine Geringschätzung zum Ausdruck bringt. Für eine technische, ökologische und ökonomische Diskussion zum Thema erneuerbare Energien sind solche Gemeinplätzchen gänzlich ungeeignet.

**Thomas Schöller**  
Marbach